

# Trump wirft eine Bombe der Wahrheit auf grüne Energie

geschrieben von Chris Frey | 2. Februar 2025

[Steve Goreham](#)

Präsident Trump ist seit langem ein Befürworter der traditionellen Energie. Während seines Wahlkampfs äußerte er sich negativ über Elektrofahrzeuge, Windkraft und andere erneuerbare Energiequellen. Doch gleich an seinem ersten Tag im Amt leitete der neue Präsident einen historischen Wandel in der US-Energiepolitik ein, weg von grüner Energie und zurück zu Kohlenwasserstoffenergie.

Am 20. Januar 2025 [unterzeichnete](#) Präsident Trump fünf weit reichende Durchführungsverordnungen, welche die Energie- und Klimapolitik der Vereinigten Staaten radikal verändern. Mit diesen Maßnahmen werden Kohle, Erdgas, Erdöl, Wasserkraft, Kernkraft und Biokraftstoffe wieder gefördert, während die Unterstützung für Windkraft und Elektrofahrzeuge eingeschränkt wird. Die Trump'schen Durchführungsverordnungen hoben auch Anordnungen von Präsident Biden auf und schlossen Bundesabteilungen, die zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen und grüner Energie eingerichtet worden.

Die [Durchführungsverordnung](#) zu „Offshore-Wind“ und „Windprojekten“ hatte unmittelbare Auswirkungen auf die weltweite Windindustrie. Die US-Regierung ist Eigentümerin aller Gebiete zwischen drei und 200 Meilen vor der Küste, so dass Windkraftunternehmen für den Bau von Offshore-Anlagen eine Bundespacht benötigen. Mit der Anordnung wurden „alle Gebiete innerhalb des Offshore-Kontinentalschelfs“ von der Verpachtung von Windkraftanlagen ausgeschlossen. Die Anordnung verlangt auch, dass der neue Innenminister Doug Burgum „eine umfassende Überprüfung“ durchführt, um festzustellen, ob es notwendig ist, „bestehende Windenergiepachtverträge zu beenden oder zu ändern“ und dem Präsidenten einen Bericht vorzulegen. Mit der Anordnung wurde auch das Lava Ridge Wind Project in Idaho bis zur Überprüfung durch den Innenminister gestoppt, ein Projekt, das von der Regierung Biden im Dezember genehmigt worden war.

Die Windenergiemärkte waren von Trumps Anordnung schockiert. Der Aktienkurs von Orsted, einem dänischen Anbieter von Windkraftanlagen, [fiel](#) um 17 % auf den niedrigsten Stand seit sieben Jahren. Orsted hatte den Bau von [Sunrise](#) Wind, der größten geplanten US-Offshore-Windkraftanlage, südöstlich von New York City geplant. Das Unternehmen nahm sofort eine Wertberichtigung in Höhe von 1,69 Mrd. USD für US-Windprojekte vor.

Die Aktienkurse der Windkraftanbieter RWE (Deutschland), Equinor

(Norwegen), Renovaveis (Portugal) und Vestas (Dänemark) gaben **ebenfalls** nach. Das italienische Unternehmen Prysmian gab bekannt, dass es seinen Plan aufgeben werde, in den USA ein Werk zur Herstellung von Kabeln für Offshore-Windanlagen zu errichten.

Die Windenergiepläne mehrerer US-Bundesstaaten sind gescheitert. Kalifornien wollte bis 2045 Offshore-Windenergieanlagen mit einer Leistung von 25 Gigawatt **installieren**, wobei erste Projekte in Morro Bay und Humbolt Bay geplant waren, aber diese Pläne liegen mindestens für die nächsten vier Jahre auf Eis. Maryland, Massachusetts, New Jersey, New York, North Carolina, South Carolina, Rhode Island und Virginia bauen oder planen Offshore-Anlagen an der Ostküste, aber diese **Programme** werden überprüft, eingeschränkt oder gestoppt, wenn sie noch nicht begonnen haben.

Der Erlass „Unleashing American Energy (UAE)“ fordert die Abschaffung der Vorschriften für Elektrofahrzeuge (EV), um die Wahlfreiheit der Verbraucher und den Zugang zu mit Benzin betriebenen Fahrzeugen zu fördern. Es stimmt, dass wir kein formelles EV-Mandat haben, aber 22 **US-Staaten** haben Gesetze für emissionsfreie Fahrzeuge oder Durchführungsverordnungen, die den Verkauf von Benzinautos bis zu einem zukünftigen Datum, normalerweise 2035, verbieten. Am 20. März letzten Jahres hat die Environmental Protection Agency (EPA) aktualisierte Emissionsstandards **herausgegeben**, welche die Autohersteller dazu zwingen, immer mehr E-Fahrzeuge zu verkaufen, und zwar von etwa 8 % im letzten Jahr auf etwa 56 % der Neukäufe von Leichtfahrzeugen bis 2032.

## States with Zero Emissions Vehicle Mandates



Die Trump- Anordnungen fordern auch die **Beendigung** der staatlichen Emissionsausnahmen, die „den Verkauf von Benzinfahrzeugen beschränken“. Im Clean Air Act von 1970 wurde festgelegt, dass die US-Bundesregierung für die Regulierung der Umweltverschmutzung zuständig ist, es sei denn, die EPA gewährt einem Bundesstaat eine Ausnahmegenehmigung. Kalifornien hat jahrelang Emissionsnormen festgelegt und dafür von der EPA Ausnahmeregelungen erhalten, und andere Staaten sind dem Beispiel Kaliforniens gefolgt. Die Anordnungen zielen darauf ab, diese Ausnahmeregelungen für Kalifornien zu beenden und die Emissionskontrolle wieder der EPA zu übertragen. Anfang dieses Monats zog Kalifornien seinen Antrag auf eine Ausnahmeregelung für die Elektrifizierung schwerer Lkw und Lokomotiven **zurück**, zeichnete sich doch ab, dass Trumps EPA diesem Antrag nicht stattgeben würde.

Die Anordnung fordert auch die „Abschaffung unfairer Subventionen und anderer schlecht durchdachter, staatlich auferlegter Marktverzerrungen, die E-Fahrzeuge begünstigen“. Dies bezieht sich wahrscheinlich auf die bevorstehenden **Bestrebungen**, die Steuergutschrift von 7500 Dollar für den Verkauf neuer E-Fahrzeuge abzuschaffen, sowie auf Bestrebungen, die vom Verkehrsministerium erlassenen Standards für den durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch abzuschaffen, die die Autohersteller zwingen, einen größeren Anteil von E-Fahrzeugen zu verkaufen.

Die US-Wirtschaft umfasst heute mehrere grüne Energiebranchen, die ohne die zahlreichen bundes- und einzelstaatlichen Subventionen und Steuervergünstigungen wahrscheinlich nicht existieren würden. Windkraft, Solarenergie, die Aufladung von Elektrofahrzeugen, die Abscheidung von Kohlendioxid und grüner Wasserstoff erhalten einen unbegrenzten Strom von Subventionen und Steuergutschriften aus dem Inflation Reduction Act (IRA) und dem Infrastructure Investment and Jobs Act (IIJA), die beide während der Präsidentschaft von Biden verabschiedet worden sind. Das CATO-Institut **schätzt**, dass erneuerbare Energien im Haushaltsjahr 2025 etwa 80 Milliarden Dollar an Bundesmitteln erhalten werden.

Während seines Wahlkampfes hat Trump versprochen, den Geldfluss aus diesen beiden Gesetzen zu unterbinden, und seine Anordnungen vom ersten Tag reflektieren dies. Die **UAE-Verfügung** fordert die „Beendigung des Green New Deal“ und einen Stopp der Auszahlung von Mitteln aus dem IRA und dem IIJA. Präsident Trump wird wahrscheinlich ein Gesetz im Kongress verabschieden müssen, um den Fluss der IRA- und IIJA-Mittel dauerhaft zu reduzieren.

Wind- und Solarsysteme sind unstetig, verbrauchen die 100-fache **Fläche** und erfordern mindestens die doppelte Übertragungs-Infrastruktur im Vergleich zu herkömmlichen Kohle-, Gas- oder Kernkraftwerken. Nur wenige Versorgungsunternehmen würden Wind- und Solarsysteme bauen, wenn sie nicht Angst vor der vom Menschen verursachten globalen Erwärmung hätten. Die neuen Durchführungsverordnungen machen jedoch deutlich, dass die USA keine Anstrengungen mehr unternehmen werden, um den Klimawandel zu „mildern“.

In der [Durchführungsverordnung](#) mit dem Titel „Putting America First in International Environmental Agreements“ weist der Präsident die nominierte US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Elise Stefanik an, den Vereinten Nationen schriftlich mitzuteilen, dass die USA mit sofortiger Wirkung aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen. Die Anordnung besagt auch, dass die USA die finanziellen Zahlungen im Rahmen der Klimarahmenkonvention sofort einstellen werden.

Die Anordnungen weisen Beamte der Exekutive an, mindestens fünf Durchführungsverordnungen von Biden zum Klimawandel zu stornieren und das Climate Change Support Office, das American Climate Corps und die Arbeitsgruppe zu den sozialen Kosten von Treibhausgasen aufzulösen. Die Anordnungen fordern die EPA außerdem auf, das Endangerment Finding von 2009 auf seine weitere Anwendbarkeit zu [überprüfen](#). Diese Feststellung besagt, dass Kohlendioxid eine Gefahr für die US-Bürger darstellt und ist die Grundlage für die Regulierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in den USA.

Die Maßnahmen von Trump zielen auch darauf ab, die Entwicklung von Kohlenwasserstoff-Energie im Geiste von „Drill, Baby, Drill“ zu fördern. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören die Wiedererteilung von Lizenzen für Flüssiggas-Terminals, die Öffnung von Bundesland für die Onshore- und Offshore-Öl- und -Gasförderung, die Wiedereröffnung von [Alaska](#) für die Energieerzeugung sowie die Senkung der Effizienzvorschriften für Geschirrspüler, Herde und Öfen. Der Präsident rief außerdem einen nationalen [Energienotstand](#) aus, um den Bau von Pipelines und anderer Energieinfrastruktur zu beschleunigen. Das Trump-EPA und das Energieministerium werden die Vorschriften für Öl und Gas abbauen, um die US-Förderung auszuweiten.

Trumps Durchführungsverordnung, gefolgt von den Maßnahmen des Kongresses zur Begrenzung der Mittel aus dem IRA und dem IIJA verspricht, die US-Bewegung für grüne Energie zu entkräften bzw. tiefgreifend umzugestalten. Im Januar 2025 könnte ein langer Niedergang der grünen Energie und eine **Rückkehr zu einer vernünftigen Energiepolitik beginnen**.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

*This article originally appeared at [Master Resource](#)*

Link:

<https://www.cfact.org/2025/01/28/trump-drops-a-bomb-on-green-energy/#>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE